

Sehr geehrter Milcherzeuger,
sehr geehrtes Mitglied,

anbei senden wir Ihnen wie gewünscht ein Muster für ein Schreiben an Ihre Molkerei wegen der derzeit laufenden Prüfung der Sonderabgabe nach dem Absatzfondsgesetz ("CMA-Abgabe").

Bitte beachten Sie Folgendes:

1. Bei den Schreiben handelt es sich um Muster, das in den meisten Fällen verwendet werden kann. Im Einzelfall muss das Schreiben jedoch – je nach den vertraglichen Vereinbarungen mit Ihrer Molkerei – ggf. angepasst werden.
2. **Ein solches Schreiben hat keinerlei unmittelbare Rechtswirkungen für bestehende Zahlungsverpflichtungen.** Durch ein solches Schreiben wird weder die Verpflichtung Ihrer Molkerei, CMA-Beiträge an die zuständige Stelle abzuführen, noch der Abzug von Ihrem Milchgeld für diese CMA-Beiträge aufgehoben.
 - a) **Zahlungsverpflichtung der Molkerei gegenüber der zuständigen Stelle:** Die Verpflichtung Ihrer Molkerei, CMA-Beiträge an die zuständige Stelle abzuführen, kann nur von der Molkerei selbst durch Rechtsmittel vor dem Verwaltungsgericht angegriffen werden.
 - b) **Ihre Verpflichtung gegenüber der Molkerei:** Bei dem Abzug von Ihrem Milchgeld für die CMA-Beiträge handelt es sich regelmäßig um ein vertragliches Recht Ihrer Molkerei. Um diese Abzüge zu einem späteren Zeitpunkt (nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) zurückfordern zu können, ist es sinnvoll, eine entsprechende **Vereinbarungen mit der Molkerei zu schließen, die festlegt, dass die Molkerei nach einer Nichtigerklärung des Absatzfondsgesetzes ergänzende Zahlungen an die Milcherzeuger leistet.**

Gerne können Sie für Vorschläge hierzu auf uns zukommen.

Ihr

BDM-Team

Absender

An die

Ort, Datum

**Verfassungswidrigkeit des Absatzfondsgesetzes (CMA-Abgabe):
*Rückforderungsvorbehalt für Abzug der CMA-Abgabe, Aufforderung zu Rechtsmitteln***

Lieferantennummer:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicherlich bekannt ist, haben mehrere Molkereiunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Bescheide der zuständigen Behörde zur Heranziehung zum Absatzfonds nach dem Absatzfondsgesetz (Gesetz über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft) i. V. m. der Verordnung über die Beiträge nach dem Absatzfondsgesetz Rechtsmittel eingelegt. Grund hierfür ist, dass die genannten Regelungen aufgrund tatsächlicher Entwicklungen sowie europarechtlicher Vorgaben nicht mit dem vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Anforderungen an eine Sonderabgabe vereinbar sind (Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 105 GG und Art. 110 GG). Das Verwaltungsgericht Köln hat daraufhin mit Beschluss vom 18. Mai 2006 (Az. 13 K 2230/05, im Internet verfügbar unter <http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe2/index.php> (Aktenzeichen eingeben)) dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Wirksamkeit der genannten Regelungen zur Entscheidung vorgelegt. Darin hat das Verwaltungsgericht im Einzelnen begründet, warum die genannten Bestimmungen verfassungswidrig und nichtig sind. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass das Absatzfondsgesetz keinen Bestand haben wird.

Dies betrifft mich als Milcherzeuger unmittelbar in meinen wirtschaftlichen Interessen, da die Sonderabgaben nach dem Absatzfondsgesetz aus entsprechenden Anteilen am Milchgeld geleistet werden.

Eine weitere wirtschaftliche Belastung der Milcherzeuger kann nur vermieden werden, indem Sie gegen den jeweiligen Beitragsbescheid der zuständigen Stelle Rechtsmittel einlegen (Widerspruch und Anfechtungsklage). Daher fordere ich Sie höflich dazu auf, umgehend diese Rechtsmittel gegen die jeweiligen Beitragsbescheide geltend zu machen, um zu vermeiden, dass die Beitragsbescheide bestandskräftig werden.

Mit weiteren Abzügen von meinem Milchgeld für die Sonderabgabe nach dem Absatzfondsgesetz bin ich nur unter dem Vorbehalt einverstanden, dass diese Beträge nach Bestätigung der Verfassungswidrigkeit der genannten Regelungen durch das Bundesverfassungsgericht an mich vollständig erstattet werden. Ich werde diese Beträge daher ihnen gegenüber nachfordern, sobald eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegt.

Mit freundlichen Grüßen